ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Krüger, R.

Article — Digitized Version

Magische Dreiecke - ohne Magie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Krüger, R. (1969) : Magische Dreiecke - ohne Magie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 4, pp. 225-230

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133963

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Theoretische Wirtschaftspolitik

„Magische Dreiecke" – ohne Magie

Dr. R. Krüger, Aachen

Angeblich soll die Theorie der Wirtschaftspolitik beweisen, daß es nicht möglich sei, bestimmte Zielkombinationen gleichzeitig zu verwirklichen. Die Wirtschaftspolitik befinde sich in einem unlösbaren Dilemma, wenn sie z. B. Preisstabilität und Vollbeschäftigung mit freien Gewerkschaften vereinbaren oder die Kombination von Wettbewerbswirtschaft, Mittelstandsförderung und produktivitätssteigernder Konzentration erreichen wolle [1]). Dasselbe soll auch für die bekanntere Zielkombination Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanzgleichgewicht (bei festem Wechselkurs) und Preisniveaustabilität (stabiler Geldwert) gelten.

In der Tat ergeben sich in der wirtschaftspolitischen Praxis erhebliche Schwierigkeiten bei dem Versuch, verschiedene solcher „unvereinbarer" Ziele gleichzeitig zu erreichen. Diese Schwierigkeiten dürfen und sollen nicht übersehen werden. Bei vielen der aktuellen „unvereinbaren" Zielkombinationen wird jedoch die Unvereinbarkeit leichtfertig unterstellt oder auch demagogisch behauptet. Es handelt sich alsdann sofort um magische Dreiecke oder Polygone. Das Magische, aus unserem Wortschatz ansonsten durch die Logik oder die Rationalität fast verdrängt, wird also eilends zu Hilfe gerufen, wenn Schwierigkeiten größeren Ausmaßes auftreten.

Zauberei unnötig ...

Warum aber sollte es nicht Situationen geben können – und es gibt sie ja auch –, in denen zumindest relative Vollbeschäftigung, relatives Zahlungsbilanzgleichgewicht und relative Geldwertstabilität vorhanden sind, Zustände, die zudem noch rational erfaßbar und erklärbar sind? (Verhältnismäßig immer, damit wir nicht mit den spätestens in diesem Stadium unserer Überlegungen immer wieder auftauchenden und angeführten Argumenten fehlender Maßstäbe, mangelnder Quantifizierbarkeit u. ä. erschlagen werden, wo es sich doch im Zweifel um nichts anderes als Konventionen handelt.) „Magie" oder Zauberei scheint uns dabei nicht vorzuliegen und auch unnötig zu sein. Jedenfalls liegt Magie nicht vor im Sinne von Denkunmöglichkeit. Das beweisen z. B. die Theorien, Modelle und Modellansätze derjenigen Wissenschaftler, die das Problem der gleichzeitigen Realisierung der genannten drei Zielgrößen betreffen. Und das beweisen nicht zuletzt auch die tatsächlichen Bemühungen der Politiker, trotz der vielen Hinweise auf „Magie" gleichzeitig Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanzgleichgewicht und Preisniveaustabilität herzustellen oder zu erhalten. Es handelt sich bei diesen Wissenschaftlern und Politikern doch nicht nur um Demagogen und Gaukler, die uns von einem Idealzustand nur zwecks Maximierung der Wählerstimmen etwas vorspiegeln! Das Magische bei unserem magischen Dreieck sind also weniger Unerklärlichkeiten oder sachliche Unmöglichkeit als explizierbare Schwierigkeiten – nicht geringe, das sei hinzugefügt.

... auch bei vielen Zielen

Noch komplizierter wird unser Fragenkreis, wenn wir uns nicht nur das genannte magische Dreieck (Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanzgleichgewicht und Preisniveaustabilität) vor Augen halten, sondern – oft ebenfalls als magisch bezeichnete – Zielpolygone. Wirtschaftspolitische Konzeptionen enthalten neben den drei genannten auch noch Ziele wie Wirtschaftswachstum [2]) und gerechte Einkommensverteilung [3]), wodurch die Zahl der gegenseitigen Beziehungen und „magischen" Unvereinbarkeiten nicht unwesentlich vermehrt wird. Häufig wird auch von der „Wohlstands"- oder „Wohlfahrts"-Maximierung für alle Wirtschaftssubjekte sowie von der Erhaltung einer bestimmten Wirtschaftsordnung als Zielen gesprochen. Partielle strukturpolitische Ziele ergänzen den Katalog, wobei die meisten dieser Ziele zudem entweder kurz- oder langfristig angestrebt werden

[1]) Vgl. E. Arndt: Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik, Tübingen 1957, Vorwort, unter Berufung auf den „Economist".

[2]) Das außerdem noch stetig oder größtmöglich sein soll.

[3]) Vgl. z. B. H. G. Schachtschabel: Wirtschaftspolitische Konzeptionen, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967, S. 23.

können. Und das alles nur im engeren ökonomischen Bereich. Hinzu kommen mit wenigstens dem gleichen Anspruch die vielen außerökonomischen Zielsetzungen oder Rahmenbedingungen [4]).

Grobes Mißverständnis ...

Beschränken wir uns hier allein auf die angeführten „rein ökonomischen" Ziele. Als magisch wollen wir das Verhältnis der Ziele zueinander im folgenden nicht ansehen. Vielmehr scheint uns, was für einen wesentlichen Teil der Diskussion zutrifft, ganz einfach ein grobes Mißverständnis vorzuliegen. Wären wirklich alle der genannten Größen Ziele im eigentlichen Sinn, und zwar gleichrangige Ziele, so könnte die Diskussion oder Kontroverse einleuchten. Man möchte drei oder mehr Dinge haben, kann aber in der Regel — prinzipiell oder wegen der bestehenden Schwierigkeiten — nicht alle und/oder gleichzeitig bekommen. So einfach und unmittelbar durchschaubar ist die Sachlage aber nicht.

... über die Rangordnung der Ziele

Schon früher vertraten wir an anderer Stelle die Ansicht, daß es sich bei den meisten genannten „Zielen" nicht um endgültige und gleichrangige Ziele handelt [5]), sondern im Gegenteil um Ziele, die über- und untergeordnet sind, also Vor-, Unter- oder Zwischenziele auf der einen und Endziele auf der anderen Seite darstellen, vergleichbar etwa mit der Unterscheidung zwischen taktischen und strategischen Zielen. Die eine Kategorie von Zielen ist folglich nur mittelbarer, eigentlich instrumentaler Art. Die Gesamtheit der Ziele läßt sich deshalb in Form einer Ziel-Mittel-Pyramide oder Hauptziel-Vorziele-Hierarchie einander zuordnen.

Hauptziel der Wirtschaftspolitik

Das Ziel einer reinen Wirtschaftspolitik (einer Wirtschaftspolitik, die gedanklich aus dem Gesamtbereich „Politik" isoliert wurde) kann — das ist unmittelbar einleuchtend — nur eine Sicherung der bisherigen Ergebnisse des Wirtschaftens und darüber hinaus deren Verbesserung sein. Eine Beeinträchtigung der gegebenen aktuellen Lage kann schlechterdings nicht eine ökonomisch-rationale Zielsetzung der Wirtschaftspolitik sein, die ebenso wie das Wirtschaften dem Anspruch der Rationalität (im Sinne eines Zweck-Mittel-Kalküls) gerecht werden muß. Zweifellos besteht das anspruchsvollere Teilziel einer so verstandenen Wirtschaftspolitik — denken wir ausschließlich in ökonomischen Kategorien — in der Verbesserung der aktuellen Situation in Richtung auf eine tatsächlich oder vermeintlich bessere Programmsituation und nicht nur in der Sicherung oder Erhaltung der Lage. Das letztere ist nur als Mindestforderung zu verstehen.

Verhältnis von Ziel und Mittel

Demgegenüber sind Instrumente oder mittelbare Ziele der Wirtschaftspolitik (Vor-, Unter-, Zwischenziele) nur sinnvoll — im Sinne ökonomisch-rationalen Handelns — zur Realisierung des End- oder Hauptzieles. Sie werden nicht wie dieses „an sich" geschätzt; sie werden nicht um ihrer selbst willen angewandt oder erstrebt. Ziel und Mittel gehören zueinander; das eine ist ohne das andere fast undenkbar, ist zumindest in unserem Sinne Utopie (Ziel ohne Mittel) oder wertlos (Mittel ohne Ziel). Ziele sind eben nur realisierbar mit Instrumenten, Werkzeugen oder Mitteln; Werkzeuge oder Mittel sind überflüssig ohne Ziel, zu dessen Erreichen sie verwandt werden oder wenigstens verwandt werden können. Besitzt also das Ziel Eigenwert, der es erstrebenswert sein läßt, so erhält das Mittel seinen Wert durch das Ziel, dessen Realisierung es dient; es besitzt nur abgeleiteten Wert.

Ziele nicht gleichrangig

Diese Überlegungen sind notwendig für die Lösung des oben umrissenen Problems. Es scheint uns nämlich, daß die genannten Ziele nicht ausschließlich End- oder Hauptziele sind. Vielmehr dient jede Wirtschaftspolitik der Förderung des Wirtschaftens und der Sicherung seiner Ergebnisse, also dem Zweck der ökonomischen Wohlstandsmehrung und -erhaltung im Sinne einer Überwindung der Knappheit. Das ist das oberste, das Hauptziel, wenn es auch selbst wiederum im umfassenderen Zielsystem der gesamten Politik nur eine partielle Zielsetzung ist. Nicht zu übersehen sind dabei allerdings die erheblichen Schwierigkeiten bei der Definition oder Umschreibung der Begriffe Gesamt- und Gemeinwohl, Gemeinnutzen oder -interesse, ohne die die Wirtschaftspolitik nicht auskommen kann. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich z. B. daraus, daß das Hauptziel der Wirtschaftspolitik, ebenso wie dies für die Vorziele gilt, kurz- oder langfristig erstrebt werden kann.

Wachstum mehr als ein Instrument

Eine so verstandene Wirtschaftspolitik wird zweifellos nicht betrieben, um nur Preisniveaustabilität, Zahlungsbilanzgleichgewicht und eine irgendwie geartete Vollbeschäftigung (oder den erweiterten Zielkatalog, den wir oben erwähnten) zu errei-

[4]) Auf eine genauere Unterscheidung von „Ziel" und „Rahmenbedingung" sei an dieser Stelle verzichtet.

[5]) Vgl. R. Krüger: Das wirtschaftspolitische Instrumentarium, Berlin 1967; weiterhin z. B. H. Ohm: Allgemeine Volkswirtschaftspolitik II, Berlin 1967, S. 8. Zu den z. T. analogen Überlegungen der neueren Betriebswirtschaftslehre vgl. bes. E. Heinen: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1968, S. 93 ff.

chen, um dann bei diesem Ergebnis zu verharren. Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität und Zahlungsbilanzgleichgewicht wie auch Einkommensumverteilung, Erhaltung der Wirtschaftsordnung und strukturpolitische Ziele werden nicht um ihrer selbst willen erstrebt, sondern wegen ihrer Dienste bei der Realisierung des Hauptzieles. Wirtschaftswachstum hingegen läßt sich wegen seiner unmittelbaren wohlstandsfördernden Wirkung schon eher als Bestandteil des Hauptzieles, als Teilziel, verstehen und nicht nur als Vor- und Unterziel operativen oder taktischen, also mehr instrumentalen Charakters, das als Mittel nur für einen übergeordneten Zweck Wert gewinnt. Stetiges und großes Wachstum, verstanden als stetige und große Wohlstandsmehrung, ist ohne Zweifel eine anspruchsvollere Zielsetzung als die bloße Sicherung des Erreichten, die nur als Mindestforderung sinnvoll interpretiert werden kann.

Wohlstand oder „magisches Dreieck"?

Wir wollen im folgenden Wohlstandsmehrung und -sicherung (letzteres als Minimalforderung) als oberstes Ziel der praktischen Wirtschaftspolitik ansehen. Dabei handelt es sich ganz einfach um eine Tatsachenfeststellung. „Wohlstand" kennzeichnet gegenüber der u. a. mit humanitären Zielsetzungen verknüpften „Wohlfahrt" mehr das rein Ökonomische und mag als Gegensatz zu „Knappheit" stehen; „Wohlstandsmehrung" ist weiterhin umfassender zu verstehen als „Maximierung des Sozialprodukts", da sie auch mittels einer Umverteilung erreicht werden kann, also die problematischen und umstrittenen Verteilungsfragen mit umschließt. Schließlich enthält unsere Formel neben dem Gesichtspunkt der Überwindung der Knappheit auch den der Absicherung des Erreichten gegen Krisen oder Verschlechterungen, einen Aspekt, der mit dem Scheitern des ökonomischen Liberalismus alter Prägung, der wirtschaftliche Krisen als unabwendbar oder gar als „reinigendes Feuer" ansah und hinzunehmen bereit war, immer mehr an Bedeutung gewann. Unsere Frage muß nun lauten: In welchem Verhältnis stehen die oft genannten „Ziele", vornehmlich die des „magischen Dreiecks", zu dem formulierten Ziel? Handelt es sich bei ihm wirklich um das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik, so kann alles andere nur dienenden, instrumentalen, taktischen „Vorziel"-Charakter besitzen.

Schon der Begriff Vollbeschäftigung scheint interpretationsbedürftig zu sein. In einer Ära, in der

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

In Vorbereitung

STEUERHARMONISIERUNG IN EINER WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

von Ingolf Metze

Innerhalb der EWG tritt die Harmonisierung der nationalen Steuersysteme immer mehr in den Vordergrund. In vorliegender Untersuchung wird zunächst eine Klärung des vieldeutigen Begriffs „Steuertarifharmonisierung" vorgenommen. Anschließend werden u. a. die Möglichkeiten zur Messung der Wirkungen der staatlichen Tätigkeit diskutiert. Was man bei anderen Untersuchungen bisher vermißte, steht bei Metze im Mittelpunkt: Die Einbeziehung der langfristigen infolge von Unterschieden in der Besteuerung entstehenden Wirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmungen.

Oktav, ca. 269 Seiten, brosch. DM 34,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

das Bestreben der überwiegenden Mehrzahl der Wirtschaftssubjekte auf eine Verkürzung der Arbeitszeit bzw. eine Vermehrung der Freizeit gerichtet ist, kann Vollbeschäftigung um ihrer selbst willen nicht Ziel der Wirtschaftssubjekte und deshalb auch nicht Ziel der Wirtschaftspolitik sein. Vielmehr ist (relative) Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren von größter Bedeutung für Wohlstandsmehrung und -sicherung. Von daher gewinnt sie ihren ökonomischen Wert. Nicht genutzte Produktionsfaktoren bedeuten weniger Wohlstand oder Wohlstandsmehrung als möglich; werden vorher genutzte Produktionsfaktoren brachgelegt, so kann das ursprüngliche Wohlstandsniveau nicht gehalten werden.

Vollbeschäftigung um ihrer selbst willen, ohne ihren positiven Beitrag zu Wohlstandsmehrung und -sicherung, wäre ökonomisch sinnlos, sogar sinnwidrig, da sie gegen das Gebot der Rationalität, das Prinzip geringsten Mitteleinsatzes verstieße! Den instrumentalen Charakter der (Voll-) Beschäftigung dokumentieren endlich die Sozialpartner; sie variieren u. U. im Zuge ihrer vornehmlich lohnpolitischen Auseinandersetzungen die Beschäftigung (ohne ihre Ziele zu ändern!), und das tut man nur mit Instrumenten und nicht mit Zielen!

Relative Bedeutung der Geldwertstabilität

Die so populäre Geldwertstabilität kann ebenfalls nicht vorrangiges oder gar alleiniges oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik sein. Es ist möglich – und manche Nationalökonomen halten dies sogar für wahrscheinlich –, daß bei (langsam) sinkendem Geldwert die Wirtschaft besonders floriert, das Wachstum stimuliert wird. Allerdings besteht die nicht zu übersehende Gefahr, daß sich das Tempo der Geldentwertung vergrößert und daraus Bedrohungen und Behinderungen für das Wirtschaften und die Wirtschaft erwachsen.

Ähnliches gilt für die Deflation, die mit Depression einherzugehen pflegt. Wäre das nicht der Fall, wer außer den Sachwertbesitzern hätte etwas gegen steigenden Geldwert einzuwenden (und nicht einmal bei ihnen scheint das völlig sicher)? Die Regierung müßte erst noch gefunden werden, die nicht zur Abwendung von Stagnation oder Rezession (leichten) Geldwertschwund hinzunehmen bereit wäre. Und wie steht es mit den Wirtschaftssubjekten? Hätten sie die Wahl zwischen Stagnation oder Rezession mit Stabilität des Preisniveaus und Wachstum mit (geringerer) Geldentwertung, wir sind sicher, mit Ausnahme der Nominalwertbesitzer bzw. der Bezieher fixierter, nicht dynamischer Einkommen, würden sich alle, wären sie nur richtig informiert, für letzteres entscheiden. Die nicht unerheblichen sozialen Schwierigkeiten ließen sich – z. B. durch dynamische Rentenanpassung – zumindest verringern.

Also muß auch die Preisniveaustabilität instrumental gesehen werden: sie dient dem fruchtbaren und geordneten Wirtschaften und der Wirtschaftspolitik; nur deshalb wird sie angestrebt.

Gleichgewicht der Zahlungsbilanz nur Vorziel

Noch einfacher ist die Argumentation beim Zahlungsbilanzgleichgewicht. Dieser relativ abstrakte Begriff hat nie die Bedeutung eines Schlagwortes gewinnen können wie etwa Vollbeschäftigung und Preisstabilität. Nach Zahlungsbilanzgleichgewicht wird außerdem eher und lauter gerufen bei passiver, seltener bei aktiver Zahlungsbilanz. Warum? Mit welcher stichhaltigen Begründung diese unterschiedliche Einschätzung in Verbindung mit der Forderung nach Gleichgewicht? Und nur weil das Instrument flexibler Wechselkurse noch nicht angewandt wurde, nach dessen Anwendung die Sachverständigen so eindringlich riefen (es steht nach wie vor noch in Reserve), führt unsere Argumentation zu dem Ergebnis, daß es sich auch hier um Schwierigkeiten handelt, nicht etwa um eine Unmöglichkeit, es sei denn eine selbst auferlegte.

Nein, auch das Zahlungsbilanzgleichgewicht ist bestenfalls Vorziel; es kann die übrige Wirtschaftspolitik erleichtern; es kann, es muß nicht; denn wie häufig ist zu beobachten, daß die Außenwirtschaft als Ventil der Binnenwirtschaft benutzt und geschätzt wird.

Auch als Vorziele nicht gleichrangig

Preisniveaustabilität und Zahlungsbilanzgleichgewicht, mehr als Vollbeschäftigung, dienen vorwiegend der Sicherung des Wohlstands, weniger seiner Vergrößerung. Wollte man sie als Teilziele, als Bestandteile unserer Zielformulierung „Wohlstandsmehrung und -sicherung", interpretieren, so ginge das bestenfalls im Hinblick auf eine Absicherung der aktuellen Lage gegen Verschlechterungen, nicht aber auf eine Wohlstandsmehrung. Sie könnten also höchstens als Bestandteil der Mindestforderung angesehen werden. Auch das wäre aber fragwürdig. Selbst als Vorziele sind Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität und Zahlungsbilanzgleichgewicht nicht unumstritten gleichrangig. So wird z. B. letzteres oft als Vorziel für Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität genannt.

Abweichungen ohne weiteres möglich

Lediglich kurzfristig mögen diese „Ziele" als taktische Nahziele im Vordergrund stehen, wie denn auch der Sachverständigenrat jeweils der am meisten vernachlässigten Bedingung besondere Aufmerksamkeit widmet. In der öffentlichen Meinung und Diskussion pflegt die Priorität ebenfalls jeweils jenem „Ziel" zuzufallen, das im Augenblick

am meisten notleidend ist. Im Gegensatz zu einer notwendig langfristig orientierten Wachstumspolitik handelt es sich hier mehr um die tägliche „Kleinarbeit". Haftet den genannten Größen aber auch der Charakter einer Rahmenbedingung an, die das geordnete und fruchtbare Wirtschaften erst ermöglicht und sichert, so können sie, wie wir sahen, doch nicht in jenem absoluten Sinn interpretiert werden, daß sie hundertprozentig erreicht werden müßten und keinerlei Abweichung geduldet werden könnte.

Andere „Ziele" auch nur Instrumente

Unsere bisherigen Ausführungen mögen stellvertretend für die Gedanken über die anderen sogenannten Ziele der Wirtschaftspolitik sein. Strukturpolitik z. B. wird — rein ökonomisch — primär betrieben, um Wachstumshemmungen zu beseitigen oder zu vermeiden, oder aus einkommenspolitischen Gründen. Die Frage nach der Wirtschaftsordnung ist für eine ideologiefreie Wirtschaftspolitik eine Frage nach der rationalsten Organisationsform, die Frage nach der Wahl des zweckmäßigsten Instrumentes. Eine Beeinflussung der Einkommensverteilung und Einkommensumverteilung mit angleichender Tendenz wird vorzugsweise oder gar ausnahmslos aus Nutzenvorstellungen erwogen; wo sie nicht erfolgt, geschieht dieses Unterlassen ebenfalls aus (anderen) Zweckmäßigkeitsgründen.

Voranstellen des Wachstums gerechtfertigt

Bleibt als weiteres zu betrachtendes Ziel noch das wirtschaftliche Wachstum. Wir sahen, daß Wachstum unmittelbar wohlstandsfördernd und somit Bestandteil (Teilziel) von Wohlstandsmehrung und -sicherung ist. Aufgrund des nur mittelbaren Charakters vieler anderer sogenannter Ziele ist das Voranstellen des Wachstumsgesichtspunktes zumindest verständlich, wenn nicht gar gerechtfertigt. Die anderen „Ziele" gewinnen ihren Wert erst als Vorbedingungen für Wachstum, Wohlstandsmehrung und -sicherung, sind also Vorziele oder (Rahmen-)Bedingungen.

Wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland trotzdem oft in den Vordergrund gerückt werden, liegt das sicherlich u. a. an der lange Zeit dominierenden (neo-)liberalen Anschauung, daß es genüge, gewisse Bedingungen zu setzen, damit sich alles oder fast alles andere — somit auch Wirtschaftswachstum — von selbst ergäbe. Hinzu kam, daß in der Bundesrepublik nach den wirtschaftlichen Erschütterungen der jüngeren Vergangenheit die absichernden Bedingungen dem zunehmenden Sicherheitsdenken der Wirtschaftssubjekte entsprachen und noch entsprechen. Und in einer Periode anhaltenden und starken Wachstums, des gefeierten Wirtschaftswunders, konnte die Forderung nach Wachstumspolitik nicht gedeihen. Eine dauerhafte und bemerkenswerte Wachstumsverlangsamung oder gar völlige Stagnation würde die Verhältnisse wahrscheinlich umkehren.

So kann es denn kaum verwundern, daß dem Wachstumsziel in neuerer Zeit in steigendem Maße Aufmerksamkeit geschenkt oder gar Vorrang eingeräumt wird.

Erstaunliche Polemik gegen Wachstumspolitik

Wir stellten es bereits oben fest: Wohlstandsmehrung (und das heißt primär Wachstum) ist gegenüber bloßer Wohlstandssicherung das anspruchsvollere Teilziel. Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Zahlungsbilanzgleichgewicht aber könnten ohne wirtschaftliches Wachstum durchaus gegeben sein. Um so erstaunlicher muß es deshalb anmuten, daß die Befürworter einer ausgesprochen wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik in Verruf geraten konnten und gern als „Wachstumsfetischisten" bezeichnet werden, wenn auch ihre Gegenspieler als „Stabilitätsfanatiker" kaum besser davonkommen.

Nun wird langfristig angelegte Politik mit möglicherweise in ferner Zukunft eintretendem Erfolg nie die Popularität erlangen können wie die Tagespolitik mit sofort oder doch bald sichtbar werdenden Ergebnissen. Ob aber diejenigen, die häufig leichtfertig und/oder polemisch vom „Wachstumsfetischismus" sprechen, sich wohl gern als wachstumsfeindlich, als Wachstumsmuffel, Geldwertfanatisten oder -fetischisten bezeichnen ließen? Oder, so unschön das Wort wäre, als Zahlungsbilanzgleichgewicht-Anbeter? Wir glauben es nicht.

Mehr Rationalität erforderlich

Wir glauben aber auch nicht, daß Polemiken der Wirtschaftspolitik dienlich sind; gibt es doch genügend gewichtige Argumente, um auf die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit bestimmter Kompromisse aufmerksam zu machen. Vielmehr sollte es, dies als Forderung nach Rationalität in der Wirtschaftspolitik, dem ernsthaften und intellektuell ehrlichen Wirtschaftspolitiker darum gehen, das Wollen der Wirtschaftssubjekte möglichst genau zu erkennen und ihm weitestgehend zu folgen, indem er nach gewissenhafter Prüfung und bester Kenntnis die dazu erforderlichen zweckmäßigsten Maßnahmen ergreift. Handelt er so, dann kann ihn der Vorwurf „Wachstumsfetischist" nicht ernsthaft treffen. Darüber hinaus bleibt festzuhalten, daß jedenfalls Magie vollends fehlt; aber schon der Ausdruck ist in der Lage, den Glauben an die Möglichkeit rationalen Handelns zu zerstören in einem Bereich, der dringendst der Rationalität bedarf und insgesamt auch überwiegend durch sie geprägt wird.